

Bezugsgebühr:
 Halbjährlich 3 Mk., vierteljährlich 2 Mk., monatlich 1 Mk.
 Die Druckkosten des Jahrgangs 12 Mk. sind für den Abnehmer zu zahlen. Die Beiträge sind in Vorauszahlung zu leisten. Die Beiträge sind in Vorauszahlung zu leisten. Die Beiträge sind in Vorauszahlung zu leisten.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
 Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
 Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Photographische Apparate
 in reicher Auswahl bei
Emil Wünsche
 Akad. f. phot. Industrie
 Moritzstr. 20
 (Ecke Gewandhaus, Nähe
 König-Johann-Str.)
 Fabrik: Reich bei Dresden.
 Filialen:
 Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M.,
 Breslau, München, Hamburg,
 Bielefeld, I. H.
 Fracht-Katalog
 auf Verlangen.

Gegründet 1876. Muffe, Colliers Diplom 1884.
 in grosser Auswahl, sowie Anfertigung von Herren- und Damenpelzen im Kürschnergewerbe von
Heinrich Hanicke's Ww., Wettinerstr. 13.

MATTONI'S GIESSHÜBLER
 SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
 erprobt bei Husten, Halsschmerzen, Magen- u. Blasenkrankheiten.
HEINRICH MATTONI
 in Giesshubl Sauerbrunn.

Julius Schädlich
 Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
 für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vernickelung von Schlittschuhen aller Systeme **Otto Büttner.**

Mr. 335. Spiegel: Kohlendebatte im Reichstag. Sozialdemokraten, Konfessionelle Frage, Volkszählung, Rhythmus, Bitterung: Trübe, Niedertrübe. **Wittwoch, 5. Dezember 1900.**

Wochenabonnements zu 25 Pfg.
 beginnen mit jeder Sonnabend-Nummer und müssen daher bei der Hauptgeschäftsstelle, einer der Annahmestellen einem Austräger oder Kommissionär spätestens bis Freitag Mittag bestellt werden.

Kohlendebatte im Reichstag.

In der Frage der Vertheuerung der Kohlenpreise, die demnächst auch den preussischen Landtag auf Grund einer konservativen Anregung beschäftigen wird, hat der Reichstag zuerst das Wort ergriffen und zwar im Anschluss an eine Anfrage aus Centrumskreisen, wie die Regierung der Kohlenvertheuerung entgegenzutreten und die Wiederkehr ähnlicher Mißstände für die Zukunft zu verhüten gedenke. Da das Reich für seine Betriebsverwaltungen ein starker Verbraucher von Kohle ist, so kann die Zuständigkeit des Reichstags zur Erörterung des Gegenstandes nicht bestritten werden. Auch läßt sich — im Interesse des nothleidenden Publikums muß man das leider! sagen — nicht behaupten, daß Interventionen dieser Art inzwischen durch gebesserte Verhältnisse überholt worden seien und die parlamentarischen Körperschaften daher mit der Verprechung der Kohlenvertheuerung nachhinken. Wenn nämlich auch im Allgemeinen ein klein wenig günstigere Bedingungen auf dem Kohlenmarkt Platz zu greifen beginnen, so ist doch von einem Niedergange der Preise oder von einer Annäherung größerer Vorräthe in Deutschland nirgends etwas zu spüren. Nach wie vor wird die gesammte Mehrförderung glatt vom Kohlenhandel aufgenommen, und daß die Lage so ziemlich überall und noch auf längere Zeit als seit betrachtet wird, beweisen einige größere Abschlässe (namentlich der Pariser Gaswerke und der englischen Admiralität), die in letzter Zeit gemacht worden sind. Hiernach scheint es, als ob sich auch fernerhin die Preise auf dieselben Höhe halten würden wie in den Vormonaten, jedoch die Gefahr einer weiteren Kohlenvertheuerung vorläufig latent bleibt und jeden Augenblick wieder ausbrechen kann, sei es durch ausbrechende Streiks, deren Verhütung von den Grubenbesitzern unter den obwaltenden Umständen geradezu als moralische Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit empfunden werden dürfte, sei es endlich durch den von vielen Seiten erwarteten Aufschwung der Eisenindustrie, der in Deutschland immer noch nicht eingetreten ist.

Die Intervention im Reichstag wurde von dem Centrumsgesandten Heim begründet. Der Redner sagte alle Gesichtspunkte und Abänderungsvorschläge, die zu dem Gegenstande bereits seit Monaten in der Presse entwickelt worden sind, zusammen und erklärte sich hauptsächlich mit wirksamen Tarifmaßnahmen und einem gesetzlichen Vorgehen gegen die Syndikate einverstanden. Der Centrumsgesandte meinte, die letzte Zeit habe gezeigt, daß die Syndikate eine Gefahr für das wirtschaftliche Leben des Volkes werden könnten: „Die Syndikate und Kartelle müssen wir unter staatliche Aufsicht stellen; dieser Aufgabe werden wir uns auf die Dauer nicht entziehen können. Im Mittelalter hat man Brotwucher getrieben; was heute die Syndikate thun, kann man Kohlenwucher nennen.“ Sehr treffend war, was der Abg. Heim der Unken zurief: „Sie schimpfen immer über die unerlässlichen Agitatoren; warum richten Sie Ihren Horn nicht gegen die Kohlenbesitzer? Der konservative Redner Abg. Graf Kanitz plädierte den Ausführungen des Begründers der Intervention im Wesentlichen bei, legte aber noch mehr Nachdruck auf den springenden Punkt, daß „den Ausweitungen des Handels mit Kohlen ein Ende gemacht werden müsse“. Der nationalliberale Redner Abg. Hilbricht schloß dieses Mal weniger gut ab, als man es sonst bei den wirtschaftspolitischen Debatten der letzten Zeit von nationalliberaler Seite gewohnt gewesen ist. Das kam daher, weil Herr Hilbricht seine ganze Rede unter den engen Gesichtswinkel der moralischen Reinerhaltung des rheinisch-westfälischen Kohlendistrikts gestellt hatte, daß von dem Centrumsgesandten mit angegriffen worden war. Das von Herrn Hilbricht verurteilte Rettungswort gelang übrigens „vorbei“; der Redner brachte nur allgemeine Behauptungen von der Vortrefflichkeit des Syndikats zum Vorschein, die auch durch die eingestrichenen statistischen Angaben ihren Mangel an Ueberzeugungskraft nicht ergänzen konnten. Dagegen ließ er den schwereren Vorwurf ganz unberührt, den der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, Herr Generalsekretär Bued unter eingehender Begründung gegen das genannte Syndikat erhoben hat, daß innerhalb des Syndikats eine sehr starke Partei für weitere Steigerung der Preise bestehe und daß viele Direktoren dem Druck der Aktionäre glaubten nachgeben zu müssen“. Ganz schwach war Herr Eugen Richter. Seine menschliche Seele wand sich förmlich unter der Last, die ihm die Nothwendigkeit verurtheilte, gegen das herrliche „freie Spiel der Preisse“ aus Populärtheorien einige zahme Worte des Tadelns von sich geben zu müssen. Kaum hatte sich aber der freisinnige Führer die platonische „Bewertung“ der Kohlenpreistreiber in halben und verdeckten Andeutungen mühsam abgerungen, da bellte er sich auch schon, diese „Antimonien“ ganz und voll wieder gut zu machen durch — einen Ausfall auf die „agrarische Begre-

lichteit“, auf das „professionelle System“. Dadurch fühlte sich dann Herr Richter in seinem moralischen Selbstbewußtsein sichtlich wieder gehoben. Freilich, wie „agrarische Begehrlichkeit“ und Kohlenvertheuerung innerlich oder äußerlich irgendwie zusammenhängen, das mögen die Götter wissen. Das normale Denken scheint bei den Freiheimern überhaupt einigemassen in's Schwarze zu geraten, je mehr wir uns dem „psychologischen Moment“ der Entscheidung über die neuen Handelsverträge nähern. Hat doch u. A. die „Nat.-Ztg.“ den inmenswerthen Einfall gehabt, zu behaupten, die Demonstrationen für den Präsidenten Krüger seien die Nothe der agrarischen Frönde für die immer noch herrschende Unangenehmheit über die Gestaltung des neuen Zolltarifs! Nun, es muß am Ende auch solche Käuze geben.

Den Standpunkt der Regierung gegenüber der Intervention betrat der Eisenbahnminister Bielewicz und der Handelsminister Bredow. Herr Bielewicz sprach am meisten weit in's Statistische, um nachzuweisen, daß die Aufhebung der Ausfuhrzölle unthunlich sei. Auf die weitere Frage, ob eine Ermäßigung der Kohlenzölle überhaupt sich empfehlen würde, ließ sich der preussische Eisenbahnminister gar nicht erst ein. Auch sonst läßt er die ganze Sache ziemlich auf die leichte Achsel zu nehmen, wie es bereits der Begründer der Intervention an der Haltung der Regierung gerügt hatte. Der Minister meinte, daß die ganze Kolonialpolitik in verhältnismäßig kurzer Zeit vorübergegangen sein werde; das habe er allerdings auch beobachtet, daß in einzelnen Landestheilen die Kohlenpreise zeitweise in einem für mittlere und kleine Konsumenten sehr empfindlichen Umlaufe gestiegen seien“. Der preussische Handelsminister fand dem gegenüber wenigstens ein offenes Wort, indem er von einer „wunderlichen Vertheuerung der Kohle“ sprach und die Nothwendigkeit staatlicher Vorkehrungsmaßnahmen im Hinblick auf die Einfuhrkontrolle und Kontrolle des Zwischenhandels, so zwar, daß die Kohlen möglichst direkt in die Hände der Verbraucher zu bringen seien und daß diejenigen Händler, die nach Uebertritt der Handelszölle unverhältnismäßig hohe Gewinne erzielen, künftig vom Bezug ausgeschlossen werden sollen. Es ist zunächst abzuwarten, wie die von dem preussischen Handelsminister angeordneten Maßnahmen in ihrer praktischen Ausführung gehandhabt werden und wie sie sich bewähren. Jedenfalls darf es bei dem bloßen Verände nicht sein Bemühen haben, sondern es muß durchaus etwas Wirkliches geschehen, weil das Publikum so lange vor einer Wiederholung der jetzigen Kohlenvertheuerung nicht sicher ist als die gegenwärtigen Verhältnisse im Groß- und Zwischenhandel bestehen, die dieses Mal so sehr zur Verhinderung der Lage beigetragen haben. Die Staatsregierung wird sich daher nicht der Pflicht entziehen können, jene Mißverhältnisse nach Kräften zu unterdrücken oder, wo dies nicht ganz möglich ist, vorübergehend und mildmässig einzugreifen, so oder so.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. Dezember.

(Sammtliche nicht als Privat-Meldungen gekennzeichnete Telegramme stammen von Wolff's Tel. Bureau; die mit * versehenen sind während des Drucks eingegangen.)

Der Krieg in China.

Berlin. Das Oberkommando meldet aus Peking: Bei Tsingtau und Shan Hai Kwan werden Landungsbrücken und Redden für den Eisenbahn gebaut. Die Eisenbahn Schanghai-Tsingtau-Peking ist vorläufiglich Mitte Dezember betriebsfähig.

London. (Priv.-Tel.) Neuer's Bureau meldet aus Tientsin: Es heißt dort, die Deutschen hätten 20 Töde und viele Verwundete tödlich von Tsingtau verloren, wo sie von 2500 Boxern angegriffen worden seien. (In Berlin lag bis heute Mittag keinerlei Bestätigung dieser Anfallsnachricht vor.)

Tientsin. Tang-men-ban, der Urheber der Ausschreitungen gegen die Missionen in Tsingtau, ist hier angekommen. Er wurde, von einer starken deutschen Wache eskortiert, durch die Straßen geführt und soll dann der provisorischen Regierung zur Verhütung der Todesstrafe ausgeliefert werden.

Shanghai. Aus guter Quelle verlautet, Semmours' Heile in die Yangtsi-Provinzen sei von gutem Erfolge begleitet. Die Rückzüge, die Herren der Situation seien, hätten befriedigende Versicherungen hinsichtlich ihrer zukünftigen Politik gegeben.

Newton. (Neuter-Meldung.) Eine Depesche aus Peking vom 3. d. M. meldet: Alle Geandten haben von ihren Regierungen Mittheilungen über die gemeinsame Note erhalten. Morgen werden die Geandten eine Sitzung abhalten. Die Geandten wollen keinerlei Auskunft ertheilen, jedoch, was bezüglich der Einwendungen der Regierungen bekannt geworden ist, genügt, um es zweifelhaft erscheinen zu lassen, daß man in einer Sitzung zu einem befriedigenden Abschluss gelangen wird. Tsching und Li-Qung-Tschang erklären, daß die Chinesen neutralität sind, die Forderungen der Mächte zu erwidern. China wüßte um jeden Preis einen Frieden, der sich mit der Würde eines unabhängigen Staates vereinbaren lasse. Aber je länger das große ausländische Heer die Provinz Tschili besetzt hält, desto schwerer sei das vorliegende Problem zu lösen. Die Missionäre und andere Leute, die die Belagerung der Geandtschaften mitgemacht haben, sind entlassen gegen jede Rüge; sie drängen besonders darauf, daß die hohen Beamten, die für die Ausschreitungen verantwortlich sind, hingerichtet werden. Auch müsse ihrer Ansicht nach eine genügend starke Streitmacht in China verbleiben, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern, da sonst ein neuer Ausbruch der Wirren sicher sei.

Köln, Nachmittags. Das Dom-Hotel wird fortwährend von einer großen Menschenmenge umlagert. Heute Abend 6 Uhr werden aus dem Haag Wolmarans, Grobler, Debrun und Schütte eintreffen. Pöcher hat heute Mittag ein.

Köln. Das militärische Ehengericht, dem der bisherige Vorsitzende der hiesigen Landwirtschaftskammer Major a. D. v. Enbell seine Angelegenheit in Sachen dieser Kammer zur Entscheidung vorgelegt hatte, entschied sich, wie die „Wöchner Zeitung“ erzählt, dahin, daß es keinen Anlaß zum Einschreiten finde.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Reichstage sind Entschungen im Gange betr. einer Anfrage an den Reichskanzler wegen des amtlichen Verhaltens gegenüber dem Präsidenten Krüger.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Kommission zur Beratung der China-Ausgabe beantragte Abg. Müller-Salbe, die 100 Millionen Mark durch Begebung von Schaatsanleihen, deren Umlaufzeit den 31. März 1905 nicht übersteigen darf, stützig zu machen. Soweit eine Rückerstattung der Ausgaben oder eine Kriegsentwässerung statinndet, oder solche nicht zur Verwendung gelangen, sollen die rückerstatteten oder nicht verwendeten Mittel in erster Linie zur Tilgung der Schaatsanleihen verwendet werden. Ein Blick soll für bereits geleistete Ausgaben dem Reichskanzler ausdrücklich „Andemnität“ ertheilt werden. Abg. Richter beantragte, die Ausgaben für die China-Expedition zunächst aus Ueberreichten von Reichseinnahmen und, soweit diese nicht ausreichen, auf dem Wege des Kredits zu decken. Dagegen soll die von China zu zahlende Kriegsentwässerung zur Begleichung der Reichsschuld verwendet werden. Ueber das Jahr 1900 hinaus entstehende Spesen sollen etatirt werden. Ferner beantragte Abg. Richter, daß die für China gebildeten Truppentheile nach dem Friedensschluß oder nach ihrer Rückkehr aufgelöst oder in ihre Heimath entlassen werden. Ferner, daß für die Bildung von im Reichs-Militärgebiet oder im Marine-Gebiet nicht verlegenen Truppentheile die vorherige Zustimmung des Reichstags erforderlich ist, auch wenn diese Truppentheile zu überseeischer Verwendung bestimmt sind.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Nachmittags-Sitzung der Budget-Kommission wurde hinsichtlich der Vertheuerung der Meeresfrüchte durch die Verpflanzung auf den Schiffen gänzlich gezwungen. Der Expeditionsgruppen sei Verpflanzung auf 4 Monate mitgegeben worden, ferner über die eigentliche Verpflanzung hinaus noch alle möglichen Resourcen u. A. auch Wallerthorshausen. Richtiges Gleich solle der Kommandeur sich eventuell aus Aufträgen befragen; wenn er nach etwas brauche, solle er telegraphiren. Die Truppen seien mit wahrertheilten Decken und allen Resourcen für den Winterfeldzug reichlich ausgestattet. Bei der schnellen Abwendung der Truppen habe man vor Allem auf rasche Verladung sehen müssen und deshalb vor gelassen, wo diese Bedingung erfüllt wurde. Auf eine Anfrage Richters, ob es Thatsache sei, daß die Soldaten in China keine Brille mehr, sondern nur noch Postkarten schreiben dürfen, erwiderte Richter v. Gossler, daß er deshalb in China angefragt habe. Von hier aus seien solche Befehle nicht ergangen. Abg. Richter brachte auch angebliche Plünderungen und Ermordung unbeschnittener Chinesen zur Sprache. Minister v. Gossler bestritt diese Angaben. Es werde streng nach dem Reglement verfahren. Staatssekretär v. Tschirch erklärte nach, der französische Geandte habe selbst anerkannt, daß deutsche Truppen nicht geplündert haben. Richter erwiderte, daß eine längere Diskussion; ebenso darüber, daß eine Kriegserklärung nicht ergangen sei. Staatssekretär v. Tschirch meinte, es handle sich nur um ein bewaffnetes Einschreiten gegen anarchische Zustände in China; ein Krieg bestehe nicht, da Geandte in Berlin und Peking seien. Abg. Webel wanderte sich, daß Geld für die Unterbringung der Gefangenen gefunden werde, da doch die Gefangenen erschöpft würden. Kriegsminister v. Gossler erklärte, es finde ein regelrechtes Verfahren statt, eine willkürliche Entscheidung sei ausgeschlossen. Die sämtlichen Ausgaben bei der Militärverwaltung werden genehmigt und dann noch beschlossen, mit der Vorlage zugleich die Frage der Vertheuerung der China-Ausgaben zu regeln. Bei den Kassen der Marine, 855 000 Mk., beantragte Abg. Richter die absolute Rückberührung der zur Verstärkung der stationären Station hinausgeschickten 4 Umienschiffe, was aber diesen Antrag zurück, nachdem Staatssekretär v. Tschirch erklärt hatte, die Zurückberührung solle erfolgen, sobald dies möglich sei. Die Forderungen für die Marine wurden genehmigt. Bei den Forderungen für die Post- und Telegraphenverwaltung stellte Staatssekretär v. Tschirch fest, daß die Schwierigkeiten des Kabels Tsingtau-Schanghai gehoben und das Kabel in nächster Zeit fertiggestellt sein werde. Auch dieser Abschnitt gelangte unbedenklich zur Annahme. Die Kommission vertagte sich hierauf bis Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

Berlin. In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission des Reichstags erklärte der Staatssekretär der Posten Friedrich v. Tschirch auf eine Anfrage Wehls, ob die China-Expedition als ein bewaffnetes Einschreiten gegen anarchische Zustände. Dieses Einschreiten hiereber nicht das fortwährende eines gewissen völkerrechtlichen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reich und der legitimen Regierung Chinas.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser tritt am 13. Dezember in Hannover ein und wohnt Abends im dortigen Königl. Theater der Aufführung von Shakespeare's „König Heinrich IV.“ bei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Januar n. J. werden es 77 Jahre, daß die Reichshandlung unter dem neuen Bundesgenossen in Wirklichkeit hat und die Preussische Post abschle. Zu Anfang des Jahres 1901 wird die Reichshandlung eine Jubiläumsgedächtnisveröffentlichung und am 5. Januar wird sich das Direktorium mit dem Central-Anschluß zu einem Festanlaß vereinen.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht eine Mittheilung des Ministeriums des Königs, wonach gegenüber den Forderungen in der Presse festgestellt wird, daß seitens des Berliner Volkstheaters das Verbot, am Freitag im Opernhaus eine Arie aus „Welfas“ und „Buchtide aus-Parival“ aufzuführen, überhaupt nicht erging. Das Volkstheater hat vielmehr, und zwar einige Zeit vor dem Freitag, die General-Antennantur der Schauspieler unter Hinweis auf das gleichmäßige, bei den anderen Theatern geübte Verfahren darauf aufmerksam gemacht, daß die Zusammenlegung des Programms mit dem 12. der Volkstheaterordnung über die äußere Neillichtung der Sonn- und Feiertage vom 13. März 1888 nicht im Einklang stehe, da diese im Interesse der ersten religiösen Feiertage des Charfreitags und des Auftages eine concertmäßige Darbietung einzelner Musikstücke nicht zulasse, vielmehr nur die Aufführung eines geistlichen Chorgesanges (Oratoriums) gestatte. Die Königl. Intendantur hat sich der Richtigkeit dieser Auffassung nicht vertheidigen können und demgemäß überließ die Ablegung der genannten beiden Stücke veranlaßt. Die verzögerte Bekanntgabe der Abänderung erklärt sich daraus, daß zunächst eine anderweite Ausführung in Aussicht genommen war, aber schließlich aus technischen Gründen nicht erfolgen konnte.

Berlin. Die „Nationalzeitung“ meldet: Die durch die Schulreform von 1862 eingeführte Abjektivierung für die Vertheuerung von Unter- nach Obersekunda, die nach Genehmigung des Kaisers aufgehoben werden soll, wird voraussichtlich Oftern 1901 nicht mehr abgelehnt werden.

ASSO-Kesselstein-Fabrik; Ges. Gesellschaft.
 Friedrich & Grohmann, Dresden-Kohlsgraben.